



Dr. med. KARLHEINZ BAYER

Ortenauer Kreisrat für die FDP
Forsthausstrasse 22
77740 Bad Peterstal

info@karlheinz-bayer.de

FDP

Die Liberalen

An
Frau Bundesjustizministerin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB
Bundesministerium der Justiz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

An
den Landesjustizminister
Prof. Dr. Ulrich Goll MdL
Justizministerium Baden- Württemberg
Schillerplatz 4
70173 Stuttgart

03. Februar 2011

Betr.: es geht um die Diskriminierung homosexueller Ehepartner durch die derzeitige baden-württembergische Standesamtsregelung

Verehrte Frau Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Goll,

ich schreibe Sie beide an, um auf die Diskriminierung in Form einer bürokratischen Regelung hinzuweisen, wie sie in Baden-Württemberg als einzigem Bundesland besteht. Hier wird Homosexuellen durch ein Landesgesetz verwehrt, sich vor einem Standesamt trauen zu lassen.

Ich glaube nicht, daß der baden-württembergische Weg verfassungskonform ist.

Ich bin mir sicher, daß er jedweder Art von liberalem Gedankengut fundamental widerspricht.

Zum Hintergrund.

Von Menschen der Basis, im Vorfeld des Landtagswahlkampfes, als Kreisrat, aber auch als Arzt und Vertreter der Landesärztekammer, bin ich in den letzten Monaten mehrmals und aus sehr unterschiedlichen Anlässen angesprochen worden auf die o.g. Problematik. Der baden-württembergische Weg ist ein diskriminierendes Verfahren, homosexuellen Paaren den Zugang zu Standesämtern zu untersagen.

In meinem Kreis finden Trauungen im Migrationsamt des Landratsamts statt.

Man stelle sich einen umgekehrten Fall vor, Führerscheine müßten für bestimmte Gruppen der Bevölkerung, welche auch immer, auf nicht zuständigen Ämtern beantragt, bearbeitet und abgeholt

Schwimmbadstrasse 5 in 77740 Bad Peterstal-Griesbach
Tel. 07806 - 8181 oder 8558 Fax 07806 - 1227
www.aerztekammer-bw.de/ortenaus www.karlheinz-bayer.de

werden, beispielsweise dem Gesundheitsamt. Und das nicht ausnahmsweise und infolge lokaler Zwänge, sondern landesweit.

Dieses Verbot der Nutzung von Standesämtern für Aufgaben eines Standesamts ist eine Diskriminierung, und sie erfolgt mit dem durchschaubaren und einzigen Ziel der Diskriminierung. Sie verhindert Eheschließungen nicht - was ungesetzlich wäre -, sondern erschwert sie den Ehemilligen lediglich.

Zwar wird an dieser Stelle das ideologisch-konservative Argument vorgebracht, der baden-württembergische Weg wäre das Ergebnis einer Grundrechteabwägung zwischen der Nicht-Diskriminierung einerseits und dem Schutz der Familie andererseits.

Dieses Argument ist jedoch fadenscheinig und gehört auf den Prüfstand.

Wenn nicht alle so doch etliche homosexuelle Paare beiderlei Geschlechts sind den Weg in die Ehe gegangen mit dem Ziel, eine Familie zu gründen. Die baden-württembergische Sonderregelung steht deshalb nicht zwischen zwei Grundgesetzartikeln, sondern in Opposition zu gleich zwei Grundrechten.

Mein Anliegen.

Die Bitte um Abschaffung dieser diskriminierenden Vorgehensweise, die es so nur in Baden-Württemberg gibt, lege ich in Ihre Hände, Herr Dr. Goll, als dem zuständigen Landesminister.

Sie, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, schreibe ich an, weil Sie in meinen Augen der personifizierte Garant innerhalb der FDP und auch außerhalb sind, illegale und alles andere als liberale Gesetze aus den Gesetzbüchern zu entfernen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen gerne auch dafür danken! Ihre Arbeit und Ihre Linie stärkt die Position der FDP wie kaum eine andere.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr



P.S. : Ich weise Sie darauf hin, daß ich diesen Brief auch an etliche baden-württembergische FDP-Mitglieder und Politiker anderer baden-württembergischer Parteien schicken werde, ebenso wie an diejenigen, die mich angesprochen haben.

Ich gehe davon aus, daß hier - wie in wohl den meisten anderen Fällen, mit denen wir zu tun haben - eine größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit der Sache nur dienen wird.

Und ich gehe auch davon aus, daß wir Liberalen uns wohl darüber einig sein sollten, daß hier eine Diskriminierung vorliegt. Schlicht und einfach nur eine Diskriminierung.